

A6 D – Was Freiheit schützt

Antragsteller*in: Bundesvorstand (dort beschlossen am: 11.09.2023)

Antragstext

1 Die Europäische Union (EU) ist ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und der
2 Demokratie. Die
3 Europäer*innen haben sie auf den Ruinen von Krieg und Unterdrückung errichtet.
4 Heute
5 garantiert sie, dass wir ohne Grenzkontrollen reisen können, wo uns früher
6 Stacheldraht,
7 Mauern und Schlagbäume trennten. Sie sorgt dafür, dass Meinungsfreiheit gilt, wo
8 noch vor
9 wenigen Jahrzehnten Diktatoren herrschten. Sie schützt den Rechtsstaat. Sie
10 garantiert, dass
11 alle Europäer*innen ihre Regierungen frei wählen können – von der Gemeindeebene
12 bis nach
13 Brüssel.

14 Das Europa, das wir weiter prägen wollen, bietet Sicherheit und Schutz, führt
15 zusammen und
16 bindet ein. Unterschiede nämlich nicht nur auszuhalten, sondern als Chance zu
17 begreifen;
18 Brücken zu bauen über Grenzen und Gräben hinweg; das verbindende Element zu
19 suchen, statt
20 das Trennende tatenlos hinzunehmen: Nichts anderes ist Gründungsgedanke der EU.

21 Sicherheit und Schutz aber brauchen Organe, die sie schaffen und erhalten. Sie
22 wollen wir
23 stärken. Extremismus, Desinformation und Kriminalität machen vor nationalen
24 Grenzen nicht
25 Halt, im Gegenteil: Gerade in den vergangenen Jahren haben wir erlebt, wie
26 autoritäre
27 Staaten unsere freie Gesellschaft angreifen. Die EU ist in der Verantwortung,
28 durch
29 Koordination und starke eigene Institutionen den Schutz zu bieten, den die
30 Bürger*innen zu
31 Recht erwarten – zumal diese Erlebbarkeit von Sicherheit und staatlicher
32 Verlässlichkeit das
33 Vertrauen in den demokratischen Staatenverbund der EU unmittelbar steigert.

34 Die Entwicklung der EU ist eine Entwicklung zu einem immer engeren Bündnis. Das
35 ist gut,
36 denn wir brauchen das Gewicht und die Fähigkeiten der EU, um viele der
37 drängenden Probleme
38 unserer Zeit zu lösen. Wie wir das tun, müssen wir in einem demokratischen
39 Prozess
40 bestimmen. Im Zentrum davon steht das Europäische Parlament, dessen Rechte wir
41 erweitern
42 wollen. So schaffen wir die Grundlage für eine föderale europäische Republik mit
43 einer
44 eigenen Verfassung. Auch wenn Entscheidungsprozesse in Europa zuweilen mühsam

45 und langwierig
46 sind, so stellen sie doch einen großen Wert da: Sie ersetzen die Gewehr­kugel,
47 die nicht mit
48 sich reden lässt, mit der Kraft des Wortes und der Diskussion. Dabei steht am
49 Ende oft ein
50 Kompromiss, der zwar nicht jede und jeden vollends zufriedenstellt, aber alle
51 weiterbringt.
52 Dafür stehen wir ein.

53 Denn der Zuwachs an Freiheit, Sicherheit und Demokratie, für den die europäische
54 Einigung
55 seit dem Zweiten Weltkrieg gesorgt hat, dürfte in der Weltgeschichte
56 seinesgleichen suchen.

57 Nicht ohne Grund ist die EU das Zielobjekt von Extremist*innen aller Art: Wer
58 meint, dass
59 Frauen nicht die gleichen Rechte haben sollten wie Männer, wer freie Medien
60 mundtot machen
61 will, wer seine Interessen durch Desinformation und Hetze durchsetzen will – für
62 den ist die
63 EU ein Dorn im Auge.

64 Wir finden: gut so.

65 Wir wollen die EU in ihrer Fähigkeit stärken, die Rechte und Freiheiten derer zu
66 schützen,
67 die hier leben. Unser Credo: Wir schützen unsere Freiheit am besten, wenn wir
68 sie ausbauen.

69 Wir wollen die europäische Demokratie stärken, damit die besten Ideen in einen
70 fairen
71 Wettstreit um die Zukunft unseres Kontinents treten können. Wir wollen die
72 Rechtsstaatlichkeit ausbauen, die allen Bürger*innen Sicherheit und gleiche
73 Rechte bietet.

74 Wir wollen eine EU, die für ihre Bürger*innen arbeitet. Wir wollen, dass diese
75 über das
76 Europäische Parlament noch klarer den Kurs mitbestimmen können. Und wir wollen,
77 dass die EU
78 auch im Inneren, etwa gegenüber Regierungen wie der ungarischen von Viktor
79 Orbán, die nötige
80 Durchsetzungskraft beweist: Wer gegen die Grundwerte der EU verstößt, sollte
81 nicht
82 gleichzeitig uneingeschränkt von ihren Privilegien profitieren können.

83 Die Möglichkeit zur gleichberechtigten Teilhabe aller ist einer dieser
84 Grundwerte – und eine
85 Grundvoraussetzung für unseren Zusammenhalt. Das gilt nicht zuletzt für die
86 Rechte von
87 Frauen. Solange die Hälfte der Bevölkerung in vielen Lebensbereichen
88 benachteiligt ist,
89 solange ist unsere Demokratie nicht vollständig. Autoritäre Kräfte innerhalb und
90 außerhalb
91 Europas stellen unseren Zusammenhalt indes infrage, indem sie einzelne Gruppen
92 zum Feindbild
93 erklären. Das schwächt uns alle und droht unseren Kontinent zu spalten. Dem

94 treten wir
95 entschieden entgegen. Ein vielfältiges Europa ist ein starkes Europa: Es sorgt
96 dafür, dass
97 alle beitragen und teilhaben können. Wir stehen fest an der Seite all jener, die
98 ausgegrenzt
99 und diskriminiert werden. Und weil wir die EU als Vorreiterin einer
100 wertegeleiteten
101 Digitalisierung sehen, wollen wir Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auch im
102 Netz sichern.

103 Die EU ist stark, wenn sie im Kern ein Wertebündnis ist. Diese Werte müssen
104 dabei
105 glaubwürdig gelebt werden. Das gilt nicht zuletzt im Umgang mit Menschen, die
106 nach Europa
107 kommen wollen – oder müssen. Das Sterben im Mittelmeer und die Lage an den
108 europäischen
109 Außengrenzen sind unhaltbar. Wir stehen für Humanität und Ordnung im Umgang mit
110 Geflüchteten
111 und Migrant*innen. Wir wollen Schutz bieten und zugleich Einwanderung so
112 gestalten, dass
113 diejenigen, die als Informatikerinnen oder Krankenpfleger, als Studentinnen oder
114 Erntehelfer
115 zum Erfolg unserer Gemeinschaft beitragen wollen, diesen Beitrag auch leisten
116 können.

117 In Vielfalt geeint, so lautet das Motto der EU. Gemeinschaft soll sie sein,
118 Gemeinschaft
119 soll sie bleiben – über alle Unterschiede und Herausforderungen hinweg. Wir
120 setzen uns ein
121 für eine EU, die sich als Motor für ein immer engeres Zusammenwachsen unseres
122 Kontinents
123 versteht. Für einen Kontinent, in dem die Menschen in Freiheit und unter
124 demokratischen
125 Werten sicher leben. Für eine EU, die ein Zuhause bietet. Dieses Europa wollen
126 wir sein.

127 1. Demokratische Institutionen

128 Rechtsstaatlichkeit verteidigen

129 Die Achtung von Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit und
130 Rechtsstaatlichkeit
131 einschließlich der Rechte von Minderheiten bilden das Fundament der EU. Wenn
132 Regierungen in
133 Mitgliedstaaten diese Wertebasis systematisch aushöhlen, indem sie die
134 Unabhängigkeit der
135 Justiz – die erste Wächterin des Rechtsstaats – aushebeln, Freiräume der
136 Opposition und
137 Zivilgesellschaft beschneiden, eine freie Presse bekämpfen, Minderheiten- und
138 LGBTQ*-Rechte
139 einschränken, das Recht auf Asyl verweigern oder Korruption Tür und Tor öffnen,

140 schwächen
141 sie die EU. Deshalb ist es unverzichtbar, dass die bestehenden
142 Rechtsstaatsinstrumente
143 konsequenter und schneller genutzt und weiterentwickelt werden.

144 Die Grundrechtecharta, das Grundgesetz der EU, wollen wir zum Schutzschirm für
145 Europas
146 Bürger*innen machen. Da sich ihre Anwendung auf die Durchführung von EU-Recht
147 durch die EU-
148 Organe beschränkt, ist ihre Schutzwirkung bislang beschränkt. Das wollen wir
149 ändern: Sie
150 soll auch für das Handeln der Mitgliedstaaten gelten und einklagbar werden. Wenn
151 eine
152 Regierung die Grundrechte ihrer Bürger*innen verletzt, soll sie dafür auch auf
153 europäischer
154 Ebene belangt werden können. Auch die Durchsetzbarkeit der Urteile des
155 Europäischen
156 Menschenrechtsgerichtshofs, der über die Einhaltung der Europäischen
157 Menschenrechtskonvention wacht, wollen wir innerhalb der EU stärken.

158 Dem bestehenden Rechtsstaatscheck und dem Rechtsstaatsdialog, mit denen die Lage
159 der
160 Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedstaaten durchleuchtet wird, wollen wir mehr
161 Gewicht
162 verleihen. Wir sorgen dafür, dass besonders der Freiraum für die
163 Zivilgesellschaft gezielter
164 bemessen und geschützt wird. Um den Reformdruck zu erhöhen, setzen wir auf
165 verbindliche
166 Reformvereinbarungen zwischen der EU und den Mitgliedstaaten, die perspektivisch
167 sanktionsbewehrt werden müssen. Öffentliche Debatten hierzu im Europäischen
168 Parlament müssen
169 zur Regel werden und in die Bewertungen einfließen. Das Rechtsstaatsverfahren
170 nach Artikel
171 7, das in einem mehrstufigen Verfahren zum Beispiel zum Entzug des Stimmrechts
172 führen kann,
173 soll wieder nutzbar gemacht werden. Das soll dadurch geschehen, dass die
174 Mitgliedstaaten im
175 Europäischen Rat in allen Phasen des Verfahrens nicht mehr mit Konsens, sondern
176 mit
177 qualifizierter Mehrheit abstimmen.

178 Die Auszahlung von EU-Mitteln soll an die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit,
179 demokratischer
180 Prinzipien und der Grundrechte geknüpft werden. Um den Missbrauch europäischer
181 Steuergelder
182 etwa durch systematische Korruption, Günstlings- und Vetternwirtschaft zugunsten
183 bestimmter
184 Parteien wirksam zu stoppen, darf die Überprüfung nicht allein stehen bleiben.
185 Auch eine
186 wirksame Gewaltenteilung und die umfängliche Gewährung der Grundrechte sind
187 entscheidend.
188 Deshalb erweitern wir den Haushaltsmechanismus auf die Einhaltung der
189 Grundrechtecharta. Das

190 heißt: Bei Verstößen müssen EU-Gelder anteilig und gegebenenfalls stufenweise
191 eingefroren
192 werden.

193 Für eine Stärkung unserer gemeinsamen Werte setzen wir auf eine zwischen Rat,
194 Kommission und
195 Europäischem Parlament besser abgestimmte, sich gegenseitig verstärkende
196 Anwendung aller
197 Rechtsstaatsinstrumente. Die jeweiligen Erkenntnisse führen wir zu einer
198 gemeinsamen
199 Bewertungsgrundlage zusammen. Um einen regelmäßigen Charta-Check zu garantieren,
200 den alle
201 Mitgliedstaaten akzeptieren, schaffen wir eine unabhängige Expert*innen-
202 Kommission, die die
203 EU-Kommission unterstützt. Wollen Mitgliedstaaten künftig EU-Fördermittel
204 erhalten, müssen
205 sie sich verpflichten, mit der europäischen Staatsanwaltschaft zu kooperieren.
206 Bei
207 Mittelkürzungen dürfen am Ende aber nicht die Menschen in den Kommunen die
208 Leidtragenden
209 sein, weil sich korrupte Regierungen aus ihrer finanziellen Verantwortung
210 stehlen und lieber
211 mit dem Finger nach Brüssel zeigen. Daher prüfen wir, wie Kommunen direkt
212 unterstützt werden
213 können.

214 Mehr Demokratie wagen

215 Die Stärkung der EU muss mit ihrer weiteren Demokratisierung und mehr Bürgernähe
216 einhergehen. Dazu wollen wir das direkt gewählte Europäische Parlament weiter
217 stärken. Das
218 Parlament soll dem Rat gesetzgeberisch in allen Politikfeldern gleichgestellt
219 sein und wie
220 jedes Parlament gleichberechtigt Gesetze beschließen, etwa in der Steuer- oder
221 Sicherheitspolitik. Es soll ein vollwertiges Initiativrecht erhalten, damit es
222 eigenständig
223 Gesetze auf den Weg bringen kann. Wir wollen sein Recht ausbauen,
224 Untersuchungsausschüsse
225 einzuberufen und Zeug*innen vorzuladen. Außerdem soll es die Kommission auf
226 Vorschlag der
227 Kommissionspräsidentin bzw. des Kommissionspräsidenten wählen und im Notfall
228 wieder
229 entlassen können.

230 Für mehr demokratische Legitimierung der Entscheidungen auf EU-Ebene braucht es
231 mehr
232 Transparenz im Europäischen Rat und in den Ministerräten. Die Debatten und die
233 Positionen
234 der einzelnen Mitgliedsländer sollen nachvollziehbarer gemacht werden.

235 Unsere Vision ist die Föderale Europäische Republik mit einer europäischen
236 Verfassung. Das

237 Parlament soll in einem Zweikammersystem zusammen mit dem Rat ein
238 gleichberechtigter Teil
239 der gesetzgebenden Gewalt werden.

240 Um die Europawahlen europäischer und demokratischer zu machen, wollen wir, dass
241 alle
242 Parteien Spitzenkandidat*innen nominieren. Aus deren Reihen wiederum wählt das
243 Europäische
244 Parlament den nächsten Präsidenten bzw. die nächste Präsidentin der Kommission.
245 Zudem sind
246 bei der Europawahl bislang nur Kandidat*innen aus dem jeweils eigenen Land
247 wählbar. Das
248 wollen wir im Sinne eines grenzüberschreitenden Wahlkampfs ändern. Ein Teil der
249 Abgeordneten
250 soll zukünftig nicht mehr allein über die nationalen Listen, sondern über
251 europäische
252 transnationale Listen bestimmt werden.

253 Junge Menschen mischen sich ein und wollen Europa mitgestalten. Deshalb war die
254 Einführung
255 des Wahlrechts ab 16 Jahren in Deutschland für die Europawahl ein großer Erfolg.

256 Ergänzend zur demokratischen Vertretung der Bürger*innen im Europäischen
257 Parlament wollen
258 wir mehr direkte Teilhabe auch auf EU-Ebene ermöglichen.

259 Mit dem Europäischen Bürger*innenforum können europäische Bürger*innen, die nach
260 dem
261 Zufallsprinzip aus der gesamten Bevölkerung der EU ausgelost werden, in einem
262 Bürger*innen-
263 Gutachten konkrete Handlungsvorschläge formulieren. Das war das Prinzip der
264 Europäischen
265 Zukunftskonferenz. Wir wollen dieses Instrument fest verankern.

266 Die Europäische Bürgerinitiative (EBI), bei der Bürger*innen direkt ein Thema
267 auf die
268 Tagesordnung der europäischen Politik setzen können, wollen wir erweitern,
269 verbindlicher und
270 bekannter machen. Einer erfolgreichen EBI muss zwingend innerhalb eines Jahres
271 ein
272 Gesetzesvorschlag der Europäischen Kommission folgen und dem Europäischen
273 Parlament sowie
274 dem Rat zur Abstimmung vorgelegt werden. Die Initiator*innen einer EBI sollen
275 als
276 Zwischenschritt auch ein Europäisches Bürger*innenforum einberufen können.

277 Handlungsfähiger werden

278 Angesichts der vielfältigen Herausforderungen sind wir auf eine handlungsfähige
279 EU
280 angewiesen. Deshalb wollen wir zum einen mit der Ausweitung von
281 Mehrheitsentscheidungen
282 Entscheidungen schneller ermöglichen. Wo bisher noch Einstimmigkeit zwischen den

283 Staaten
284 erforderlich war und Entscheidungen deshalb leicht blockiert werden konnten,
285 soll in Zukunft
286 mit qualifizierter Mehrheit abgestimmt werden. Dabei ist es wichtig, dass die
287 Interessen
288 kleinerer Mitgliedstaaten weiterhin Gehör finden.

289 Zum anderen wollen wir die in den Verträgen vorgesehene Klausel der Verstärkten
290 Zusammenarbeit (Passerelle-Klausel) besser nutzen. Sie erlaubt es einer Gruppe
291 von
292 mindestens neun EU-Mitgliedstaaten, in ausgewählten Politikfeldern enger zu
293 kooperieren und
294 gemeinsam Projekte anzustoßen. Damit können sie schneller wichtige Projekte auf
295 den Weg
296 bringen. Wichtig für uns: Dabei soll das Europäische Parlament einbezogen werden
297 – und alle
298 anderen Mitgliedsländer sollen sich auch zu einem späteren Zeitpunkt anschließen
299 können.

300 Einige der Reformen sind ohne Vertragsänderung möglich. Sie sollen zügig und
301 zeitnah in die
302 Realität umgesetzt werden. Eine Reihe der Reformvorschläge, für die wir
303 eintreten, bedarf
304 einer Vertragsänderung. Dafür wollen wir einen Konvent unter der Einbeziehung
305 von EU-
306 Bürger*innen einberufen. Dieser soll die Empfehlung der wegweisenden Konferenz
307 zur Zukunft
308 der EU einbeziehen. Hier waren Bürger*innen maßgeblich an der Formulierung von
309 neuen
310 Perspektiven für die EU beteiligt.

311 Korruption bekämpfen

312 Demokratie lebt vom Vertrauen der Bürger*innen, jeder Anschein käuflicher
313 Politik richtet
314 Schaden an. Wir sorgen deshalb für mehr Transparenz im Europäischen Parlament,
315 in der
316 Kommission und im Rat, um die Glaubwürdigkeit demokratischer Prozesse und das
317 Vertrauen in
318 die EU zu stärken. Wir machen Lobbyinteressen und Interessenskonflikte für alle
319 sichtbar.

320 Mit dem Korruptionsskandal einzelner Europaabgeordneter aus dem Jahr 2022 ist
321 das
322 dringlicher denn je.

323 Den Verhaltenskodex des Europäischen Parlaments stellen wir endlich scharf. Bei
324 Verstößen
325 müssen finanzielle Strafen auf dem Fuße folgen. Mit einem für alle EU-
326 Institutionen, auch
327 den Rat, verbindlichen Lobbyregister legen wir auf allen politischen Ebenen
328 offen, wer in
329 den Institutionen ein- und ausgeht. Diejenigen, die auf die Gesetzgebung

330 Einfluss ausüben,
331 machen wir durch einen „legislativen Fußabdruck“ sichtbar, der umfassend
332 nachvollziehbar
333 macht, welche Positionen im Gesetzgebungsprozess eingebracht wurden.

334 Wir beenden die unwirksame reine Selbstkontrolle und schalten eine unabhängige
335 Ethikbehörde
336 ein, die für alle EU-Institutionen die Regeln zur Lobbykontrolle durchsetzt.
337 Beim Wechsel
338 zwischen Politik und Wirtschaft sorgen wir für klare Karenzzeitregeln, die an
339 Übergangszahlungen angepasst sind, und für deren Kontrolle.

340 Mit einer EU-weiten Datenbank, die politische Onlinewerbung sowie ihre Auftrag-
341 und
342 Geldgeber*innen transparent erfasst und digitaler Wahlkampfwerbung bei der
343 Nutzung
344 persönlicher Daten klare Schranken setzt, garantieren wir mehr Fairness im
345 demokratischen
346 Wettbewerb und mehr Schutz gegen Desinformation und Onlinehass.

347 2. Feminismus

348 Europa zum Motor für Frauenrechte machen

349 Frauen und Mädchen sollen in der gesamten EU gleichgestellt und selbstbestimmt
350 leben können.

351 In Politik, Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Gesellschaft – überall gibt es
352 noch viel zu
353 tun. Oft war Europa die Vorreiterin für Frauenrechte und Gleichstellung der
354 Geschlechter.

355 Doch rechte und rechtskonservative Kräfte in vielen Ländern nehmen unsere
356 Errungenschaften
357 ins Visier. Sie versuchen durch eine rückwärtsgewandte Familienpolitik, Frauen
358 aus dem
359 Arbeitsmarkt zu drängen. Reproduktive Rechte, besonders das Recht auf
360 Schwangerschaftsabbruch, werden offen infrage gestellt, Errungenschaften im
361 Kampf gegen
362 Gewalt an Frauen werden zurückgedrängt. Dem stellen wir uns mit aller Macht
363 entgegen.

364 Unser Ziel ist es, dass die EU eine Garantin für Geschlechtergerechtigkeit auf
365 unserem
366 Kontinent bleibt. Geschlechtergerechtigkeit soll sich durch alle Politikbereiche
367 der Union
368 ziehen. Deshalb wollen wir das EIGE (European Institute for Gender Equality)
369 stärken und
370 ausbauen.

371 Die Gender-Equality-Strategie der EU-Kommission, die 2025 ausläuft, muss zügig
372 und
373 umfangreich evaluiert werden. Auf Grundlage dieser Ergebnisse werden wir in der
374 kommenden

375 Legislatur einen ambitionierten Plan erstellen, um mit großen Schritten in
376 Sachen
377 Gleichberechtigung voranzukommen.

378 Alle Menschen müssen selbst über ihren Körper und ihr Leben entscheiden können.
379 Wir wollen
380 auch deswegen, dass die EU die Selbstbestimmungsrechte von Frauen und Mädchen
381 stärkt. Dazu
382 gehört, dass die reproduktive Gesundheit und das Recht auf körperliche
383 Selbstbestimmung
384 sowie selbstbestimmte Familienplanung für alle sichergestellt sind. Wir wollen
385 den
386 uneingeschränkten Zugang zu Verhütungsmitteln stärken. Eine professionelle
387 Beratung zur
388 Familienplanung ist die Grundlage für selbstbestimmte Entscheidungen. Sie muss
389 breit in der
390 EU verfügbar sein. Die Initiative, das Recht auf Schwangerschaftsabbruch in der
391 EU-
392 Grundrechtecharta zu verankern, unterstützen wir.

393 Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt verwirklichen

394 Alle profitieren davon, wenn Frauen bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben.
395 Als
396 Ingenieurinnen, Erzieherinnen, Ärztinnen und in unzähligen weiteren Berufen
397 schaffen sie
398 Wohlstand – für Europa und für sich: Denn eine faire Beteiligung am Arbeitsmarkt
399 hilft
400 Frauen, ihre wirtschaftliche Situation zu verbessern und zum Beispiel
401 Altersarmut zu
402 vermeiden. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir auch politisch den Weg ebnen.

403 Der Gender-Pay-Gap, also die Lücke zwischen den Löhnen von Männern und denen von
404 Frauen,
405 klappt in allen EU-Ländern. Im Durchschnitt liegt er bei 12,1 Prozent, in
406 Deutschland sogar
407 bei circa 18 Prozent. Deshalb war die Verabschiedung der
408 Lohntransparenzrichtlinie ein
409 großer Erfolg. Sie schafft mehr Transparenz durch Auskunftsansprüche und
410 Berichte,
411 Entschädigungsansprüche bei geschlechtsspezifischer Lohndiskriminierung und
412 stärkt so die
413 Rechte der Arbeitnehmerinnen. Wir setzen uns mit aller Kraft dafür ein, dass
414 diese
415 Richtlinie auch in den Mitgliedstaaten konsequent umgesetzt wird. Und natürlich
416 müssen
417 sogenannte Sorge- und Care-Berufe, die hauptsächlich von Frauen ausgeübt werden,
418 durch
419 bessere Arbeitsbedingungen und Bezahlung aufgewertet sowie die gerechtere
420 Verteilung von
421 bezahlter Arbeit und unbezahlter Sorgearbeit zwischen Frauen und Männern
422 verbessert werden.

423 Um für Frauen die gleichen Zugangs- und Aufstiegschancen auf dem Arbeitsmarkt zu
424 schaffen
425 und die Geschlechtergerechtigkeit zu erhöhen, wurde vom Europäischen Rat eine
426 Vereinbarkeitsrichtlinie erlassen. Diese soll es Eltern partnerschaftlich
427 ermöglichen,
428 Berufs- und Privatleben miteinander zu vereinbaren. Mit der Familienstartzeit,
429 die
430 Partner*innen nach der Geburt eine 14-tägige berufliche Freistellung ermöglicht,
431 wird die
432 Bundesregierung hier einen weiteren Schritt zur Erfüllung tun und Paare bei der
433 partnerschaftlichen Arbeitsteilung unterstützen. Eine gute und
434 partnerschaftliche
435 Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist eine effektive Maßnahme, um dem
436 existierenden
437 Fachkräftemangel durch eine höhere Erwerbsquote von Frauen entgegenzuwirken.
438 Denn: Viele
439 Frauen möchten gern mehr arbeiten und immer mehr Männer wünschen sich,
440 Familienaufgaben
441 paritätisch aufzuteilen – die Bedingungen lassen es aber nicht zu.

442 Besonders auffällig ist der geringe Anteil von Frauen in allen Bereichen der
443 sogenannten
444 MINT-Berufe und den entsprechenden Studiengängen. Das gilt für ganz Europa.
445 Angesichts des
446 Arbeits- und Fachkräftemangels ist es geradezu fahrlässig, auf dieses Potenzial
447 zu
448 verzichten. Entsprechend wollen wir das Arbeitskräfteangebot für den MINT-
449 Bereich
450 verbessern. Auf EU-Ebene fordern wir deshalb bessere Finanzierungsmöglichkeiten
451 für Darlehen
452 und Eigenkapitalfinanzierungen für junge Unternehmerinnen und Innovatorinnen
453 durch EU-Fonds
454 und Programme sowie die Erleichterung des Zugangs von Frauen zu bestehenden
455 Fonds, aber auch
456 zu gut bezahlten Arbeitsplätzen.

457 Gewaltschutz durchsetzen

458 Wir wollen ein Europa, das Schutz und Unterstützung für alle Opfer von
459 geschlechtsbasierter
460 Gewalt bietet. Wir setzen uns dafür ein, dass Gewalt gegen Frauen verhindert
461 bzw. verfolgt
462 und verurteilt wird. Ein wichtiger Baustein dafür ist die finanzielle
463 Unabhängigkeit von
464 Frauen, da sie die Trennung von gewalttätigen Partnern erleichtert und somit
465 eine wichtige
466 Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben ist. Die Istanbul-Konvention ist
467 das erste
468 Instrument in Europa, das rechtsverbindliche Standards speziell zur Bekämpfung
469 von Gewalt
470 gegen Frauen und häuslicher Gewalt festlegt. Endlich wurden durch die Initiative

471 der
472 Bundesregierung auch in Deutschland sämtliche Vorbehalte zurückgenommen. Bis
473 heute aber
474 haben sechs Mitgliedstaaten – Bulgarien, die Tschechische Republik, Ungarn,
475 Lettland,
476 Litauen und die Slowakei – diese Konvention noch nicht ratifiziert. Deshalb ist
477 es ein
478 großer Erfolg, dass die EU selbst umfassend und ohne Ausnahmen der Istanbul-
479 Konvention
480 beigetreten ist. Wir wollen, dass alle Leistungen der Mitgliedstaaten zum Schutz
481 von Frauen
482 mindestens den Verpflichtungen aus der Istanbul-Konvention und ihrem
483 erläuternden Bericht
484 entsprechen – einschließlich der Standards für Unterkünfte, Betreuungsstellen
485 für Opfer
486 sowie Notrufstellen. Nun muss auch die ergänzende neue EU-Richtlinie zur
487 Bekämpfung von
488 Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt zügig verabschiedet und umgesetzt
489 werden.

490 Menschenhandel bekämpfen

491 Menschenhandel ist eine schwere Straftat und Menschenrechtsverletzung, die wir
492 durch ein
493 gemeinsames europäisches Vorgehen konsequent bekämpfen müssen. Die verbreitetste
494 Form des
495 Menschenhandels in der EU geschieht zum Zweck der sexuellen Ausbeutung.
496 Betroffene werden
497 gezwungen, unter menschenunwürdigen Bedingungen in der Prostitution zu arbeiten.
498 Mehr als
499 die Hälfte der Opfer von Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung in
500 der EU sind
501 EU-Bürger*innen, überwiegend Frauen und Mädchen.

502 Wir wollen die internationale Zusammenarbeit bei der Prävention, Strafverfolgung
503 und zum
504 Schutz der Betroffenen entlang der bereits bestehenden Vereinbarungen stärken.
505 Darüber
506 hinaus machen wir uns bei der anstehenden Überarbeitung der EU-Opferschutz-
507 Richtlinie dafür
508 stark, dass alle Opfer von Straftaten besser geschützt werden. Wir wollen den
509 Zugang zu
510 Informationen über Opferrechte stärken sowie eine gute Koordination zwischen den
511 Mitgliedstaaten, öffentlichen Stellen und den Justizbehörden sicherstellen.
512 Dabei muss der
513 Opferschutz im Zentrum des Handelns stehen. Opfer von Menschenhandel einfach
514 abzuschieben,
515 ist falsch. Stattdessen würden ihre Anzeige- und Aussagebereitschaft durch
516 Schutzprogramme
517 und dauerhafte Bleiberechte erhöht und die Strafverfolgung der Täter*innen
518 erleichtert.

519 Die Hälfte der Macht zur Realität werden lassen

520 Solange Frauen in Schlüsselbereichen von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft
521 nicht
522 angemessen vertreten sind, ist die Demokratie nicht vollständig. Auch in Europa
523 müssen wir
524 immer noch mit der Lupe suchen, um Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen zu
525 finden. Wir
526 begrüßen, dass die Richtlinie zu Führungspositionen nun endlich in Kraft treten
527 konnte. Denn
528 verbindliche Quoten sind ein effektives Mittel, um Führungsgremien in Wirtschaft
529 und Politik
530 geschlechtergerecht zu besetzen, auch in den Institutionen der EU selbst. Auch
531 die
532 Kommission selbst soll geschlechterparitätisch besetzt werden.

533 Um die finanzielle Macht in Europa geschlechtergerechter zu gestalten, wollen
534 wir ein
535 effektives Gender Budgeting und Gleichstellungschecks für den EU-Haushalt
536 durchsetzen. Es
537 ist uns gelungen, künftige EU-Haushalte gerechter für alle Geschlechter
538 aufzustellen: In der
539 neuen Haushaltsordnung ist nun festgeschrieben, dass die Vergabe von EU-Geldern
540 nach
541 Geschlechtern transparent gemacht wird. Dadurch werden bestehende
542 Ungerechtigkeiten bei der
543 Mittelverteilung sichtbar und können korrigiert werden. Zudem hat die Kommission
544 eine
545 Methode zur Messung der Auswirkungen von Haushaltsmitteln auf die Gleichstellung
546 entwickelt.
547 Diese muss aber in einigen Bereichen noch verbessert werden. Aufgrund der neuen
548 Datenlage
549 muss der nächste Mehrjährige Finanzrahmen geschlechtergerecht gestaltet werden.

550 3. Europas Vielfalt

551 Zivilgesellschaft stärken

552 Europa zeichnet sich durch seine Vielfalt und das Miteinander verschiedener
553 Menschen aus.
554 Queere Menschen, Menschen mit und ohne Behinderung, Atheist*innen und religiöse
555 Menschen,
556 Junge und Alte bringen jeweils ihre Lebensperspektiven ein, gestalten unser
557 Miteinander und
558 unsere Demokratie. Unsere pluralistische Demokratie ist stark, weil sie in
559 Bürgerinitiativen
560 und Parteien, Vereinen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) eine lebendige
561 Zivilgesellschaft gestalten. Es ist Aufgabe der EU, diese Freiheitsrechte zu
562 sichern.

563 Wir unterstützen deshalb die europäische Zivilgesellschaft dabei, sich selbst
564 grenzüberschreitend zu denken und zu organisieren. Im Europäischen Parlament
565 haben wir
566 erfolgreich eine Initiative für ein europäisches Vereinsrecht auf den Weg
567 gebracht. So
568 sorgen wir dafür, dass zivilgesellschaftliche Initiativen überall in Europa
569 rechtlich
570 abgesichert arbeiten können.

571 Zivilgesellschaftliche Initiativen sind häufig die erste Anlaufstelle für
572 Menschen, die
573 Diskriminierung und Gewalt erfahren. Damit sie Betroffene angemessen beraten
574 können, wollen
575 wir die bestehenden Beratungsstrukturen weiter fördern und ausbauen.

576 Wir setzen uns dafür ein, dass Förderprogramme wie „Bürgerinnen und Bürger,
577 Gleichstellung,
578 Rechte und Werte“ (CERV) angemessen ausgestattet werden. So fördern wir
579 Initiativen und
580 Selbstvertretungsorganisationen, die sich für die Gleichberechtigung aller
581 Menschen stark
582 machen und dort aktiv sind, wo Rechtsstaatlichkeit und Demokratie besonders
583 unter Druck
584 stehen.

585 Religion und Glauben haben eine integrative Kraft in der Gesellschaft und sind
586 Bestandteil
587 unserer Kulturen. Sie sind die Grundlage vieler Gemeinden und Einrichtungen, die
588 zum
589 Zusammenhalt beitragen. Religionsfreiheit ist konstitutiv für eine vielfältige
590 und freie
591 Gesellschaft. Menschen, die aufgrund ihres Glaubens oder ihrer Weltanschauung
592 verfolgt
593 werden, verdienen unseren Schutz. Wir wollen den interreligiösen Dialog
594 vertiefen und
595 Gemeinden dabei unterstützen, Menschen verschiedenen Glaubens miteinander in
596 Kontakt zu
597 bringen. Wir sind überzeugt, dass im gegenseitigen Respekt und im Dialog auf
598 Augenhöhe unser
599 vielfältiges Europa gestärkt wird.

600 Diskriminierung überwinden

601 Sicherheit, das Recht auf körperliche Unversehrtheit und Bürger*innen-Rechte
602 gelten für alle
603 Menschen. Sie sind die Voraussetzung für ein Leben in Freiheit. Sie müssen
604 unabhängig davon
605 gelten, woher ein Mensch kommt, wie er oder sie liebt, lebt oder glaubt. Ein
606 Europa, das in
607 seiner Vielfalt zusammenhält und die Rechte jedes und jeder Einzelnen schützt,
608 schafft
609 demokratischen Fortschritt, Teilhabe und Freiheit für alle. Um dieses

610 Versprechen
611 einzulösen, muss die EU konsequent mit rechtlichen Maßnahmen gegen
612 Diskriminierung vorgehen.

613 Noch immer ist Antisemitismus bis in die Mitte der europäischen Gesellschaft
614 tief verwoben.
615 Jüdische Einrichtungen werden bedroht und angegriffen. Dem stellen wir uns
616 entschlossen
617 entgegen. Dies gilt in besonderer Weise für uns als Deutschland und dem
618 Versprechen „Nie
619 wieder!“, dem sich auch Europa nach dem Zweiten Weltkrieg und der Shoah
620 verpflichtet hat. Es
621 ist die Aufgabe aller Mitgliedstaaten, die Sicherheit jüdischer Gemeinden zu
622 gewährleisten
623 und sicherzustellen, dass Jüdinnen und Juden in Europa eine sichere Zukunft
624 sehen. Wir
625 befürworten deshalb die Aufstockung der europäischen Gelder für
626 Sicherheitsprojekte, um sie
627 dabei zu unterstützen. Als Europäer*innen ist es nicht nur unsere Aufgabe,
628 Antisemitismus in
629 all seinen Formen entgegenzutreten, sondern auch jüdisches Leben in seiner
630 Vielfalt sichtbar
631 zu machen und zu stärken. Um das Wissen über das jüdische Leben allgemein sowie
632 Kontakte und
633 Erfahrungen mit jüdischen Menschen europaweit zu vermitteln, wollen wir
634 politische und
635 kulturelle Bildungsangebote fördern.

636 Muslim*innen bilden die zweitgrößte Religionsgemeinschaft in Europa.
637 Muslimisches Leben
638 gehört zu Europa und ist zugleich zur Zielscheibe von rechten und
639 verschwörungsideologischen
640 Bewegungen geworden. Wir begrüßen es, dass die EU nach langer Zeit endlich die
641 Stelle der
642 EU-Koordinatorin gegen Islamfeindlichkeit neu besetzt hat. Ihre Rolle wollen wir
643 stärken.

644 Wir wollen, dass die Bekämpfung von Antiziganismus eine neue Priorität wird und
645 sich dabei
646 von paternalistischen Ansätzen verabschiedet. Denn Menschen mit Romani-
647 Hintergrund werden
648 beim Zugang zu Bildung, Gesundheit, Wohnen und Arbeit oft benachteiligt. Damit
649 die
650 politische Teilhabe und der Einsatz gegen Antiziganismus gefördert werden,
651 richten wir ein
652 europäisches Beratungsgremium ein. Diesem gehören unter anderem Expert*innen für
653 Roma-
654 Politik, Selbstvertretungsorganisationen und lokale sowie regionale
655 Gebietskörperschaften
656 an.

657 Menschen, die Diskriminierung erfahren, sei es durch öffentliche Institutionen,
658 auf dem

659 Wohnungs- oder auf dem Arbeitsmarkt, dürfen nicht allein gelassen werden,
660 sondern müssen
661 Recht und Gesetz auf ihrer Seite wissen. Die EU hat durch ihre Vorgaben den
662 Schutz gegen
663 Diskriminierung bereits erheblich verbessert. Um das Schutzniveau zu
664 vereinheitlichen und zu
665 stärken sowie Schutzlücken zu schließen, wollen wir, dass die 5.
666 Antidiskriminierungsrichtlinie endlich verabschiedet wird. Das Amt der bzw. des
667 Antirassismusbeauftragten der Europäischen Kommission soll gestärkt und über
668 2025 hinaus
669 besetzt werden. Wir unterstützen die Minority-SafePack-Initiative und wollen
670 Minderheitenrechte wie den Erhalt von Sprache, Kultur und Identität in der EU
671 stärken.

672 Queere Rechte schützen

673 Die Möglichkeit, sich frei zu entfalten und in der eigenen Individualität leben
674 zu können,
675 ist ein Kern der europäischen Werte. Obwohl queere Menschen in den letzten
676 Jahrzehnten viele
677 ihrer Rechte erfolgreich erkämpfen konnten, erleben wir, dass autoritäre Kräfte
678 versuchen,
679 diese wieder zurückzudrehen. Nicht selten ist ein selbstbestimmtes Leben in
680 Sicherheit für
681 lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, inter* und queere Menschen (LGBTIQ*)
682 nicht möglich,
683 weil ihre Rechte eingeschränkt oder sie im Alltag angefeindet oder angegriffen
684 werden.
685 Diesen Versuchen stellen wir uns klar entgegen, ganz egal aus welcher Motivation
686 sie
687 geschehen oder von wem sie ausgehen.

688 Auf unsere Initiative hin hat das Europäische Parlament die EU zur „LGBTIQ*
689 Freedom Zone“
690 erklärt. Wir setzen uns auf dieser Grundlage dafür ein, dass die EU-Kommission
691 und der Rat
692 alle ihnen zur Verfügung stehenden Instrumente – inklusive
693 Vertragsverletzungsverfahren und
694 Sanktionen – nutzen, um das systematische Vorgehen von Regierungen gegen
695 LGBTIQ*-Personen
696 sowie die Demontage von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu stoppen.

697 Familie ist dort, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen – ob mit zwei
698 Müttern,
699 alleinerziehend oder Mutter und Vater. Landesgrenzen dürfen nicht darüber
700 entscheiden, ob
701 Kinder mit ihren Eltern aufwachsen, denn das Recht auf Freizügigkeit muss auch
702 für
703 Regenbogenfamilien ohne Wenn und Aber gelten. Wir streiten dafür, dass eine in
704 einem EU-Land
705 begründete Elternschaft, eingetragene Partnerschaft oder gleichgeschlechtliche

706 Ehe in der
707 gesamten Union anerkannt wird.

708 Inklusion verwirklichen

709 Die europäische Behindertenbewegung hat sich erfolgreich für ihr Recht auf
710 Gleichstellung
711 und Teilhabe eingesetzt. Mit der Verabschiedung der UN-
712 Behindertenrechtskonvention haben
713 sich die EU-Mitgliedstaaten verpflichtet, alle Barrieren abzubauen, die der
714 Teilhabe am
715 politischen und gesellschaftlichen Leben im Weg stehen. Wir wollen dafür sorgen,
716 dass die
717 inklusive Gesellschaft endlich in ganz Europa Wirklichkeit wird.

718 Um selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, wollen wir eine stärkere Förderung von
719 selbstständigem Wohnen, inklusivem Leben und Arbeiten. Dazu wollen wir unter
720 anderem das
721 Werkstättensystem reformieren – denn sozialer Schutz und Mindestlöhne müssen
722 auch für
723 Menschen mit Behinderung gelten.

724 Schlechte Nutzbarkeit von Webseiten, Stufen ohne Rampe, zu enge Türen – Menschen
725 mit
726 Behinderung, aber auch ältere Menschen oder mobilitätseingeschränkte Personen
727 erleben in
728 ihrem Alltag unterschiedliche Barrieren, die ihre Teilhabe am öffentlichen Leben
729 einschränken. Wir setzen uns dafür ein, dass die EU-Barrierefreiheitsrichtlinie,
730 der
731 sogenannte European Accessibility Act (EAA), in allen Mitgliedstaaten – auch in
732 Deutschland
733 – umgesetzt wird.

734 Um die europäische Freizügigkeit auch für Menschen mit Behinderung erlebbar zu
735 machen,
736 wollen wir einen europäischen Schwerbehindertenausweis einführen, gegenseitige
737 Anerkennung
738 nationaler Definitionen von Behinderung und barrierefreies Reisen durch ganz
739 Europa
740 umsetzen. Dies gilt auch für die Inanspruchnahme von sozialen Leistungen.

741 4. Eine lebendige Kulturlandschaft

742 Kultur als Säule der Demokratie

743 Wenig eint Europa so sehr wie seine vielfältige, lebendige Kultur. Sie entsteht
744 aus dem
745 Zusammenspiel von Traditionen des gesamten Kontinents mit Einflüssen von außen
746 und der
747 beständigen Entwicklung neuer Ausdrucksformen. Kultur ist ein Wert an sich und
748 zugleich ein

749 unverzichtbarer Teil der europäischen Demokratie, denn in ihr finden Austausch
750 und
751 Zusammenleben über Grenzen hinweg auf verschiedenste Weise statt. Wir
752 verteidigen deshalb
753 die freie Kunst und Kultur gegen staatliche Eingriffe, aber auch durch die
754 Gestaltung einer
755 öffentlichen Förderung, die künstlerische Kreativität auch jenseits der
756 Marktlogiken
757 ermöglicht.

758 Das Programm „Creative Europe“ wollen wir deshalb ausbauen und deutlich
759 vereinfachen, um die
760 Zusammenarbeit und den Austausch von Künstler*innen und Kulturveranstalter*innen
761 in ganz
762 Europa zu ermöglichen, nicht zuletzt auch dort, wo Vielfalt und Demokratie unter
763 Druck
764 stehen. Es soll sich als Dienstleister für Kulturschaffende verstehen, der
765 ansprechbar ist
766 sowie schnell und zielgerichtet unterstützt.

767 Das Ziel der Klimaneutralität betrifft in besonderem Maß die europäische
768 Dimension der
769 Kultur, die von der Bewegung von Kulturgütern und Menschen lebt. Wir wollen
770 daher im Rahmen
771 von Creative Europe ein Programm schaffen, in dem Beratung und Finanzierung für
772 den Wandel
773 der europäischen Kulturzusammenarbeit hin zur Klimaneutralität gebündelt werden.
774 Auch die
775 Idee des Neuen Europäischen Bauhauses, das einen interdisziplinären Ansatz für
776 klimaneutrales Bauen und Gestalten fördert, wollen wir partizipativ weiter
777 ausbauen und als
778 eigene Mission in Horizont Europa verankern.

779 Im Programm der europäischen Kulturhauptstädte wird die Vielfalt unseres
780 Kontinents erlebbar
781 und gefördert. Wir wollen dieses erfolgreiche Konzept fortführen, dabei aber die
782 Bewerbungsverfahren überprüfen und transparenter gestalten.

783 Zur europäischen Kultur gehört auch ihre gewachsene Struktur einer unabhängigen
784 Kulturwirtschaft mit kleinen und mittelständischen Unternehmen. Sie gestalten
785 unter anderem
786 virtuelle Welten, Games, Filme oder Serien und sind wesentliche Treiberinnen von
787 Innovation
788 und Wachstum – weit über ihren eigenen Sektor hinaus. Diese Strukturen wollen
789 wir fördern
790 und gegen die Marktmacht der großen internationalen Plattformen schützen, etwa
791 indem wir uns
792 in Handelsabkommen für die Aufrechterhaltung der kulturellen Ausnahme einsetzen.

793 Kreative stärken

794 Die Schaffenskraft von Künstler*innen und Kreativen ist die Grundlage für unsere
795 lebendige

796 Kulturlandschaft. Angesichts technischer und gesellschaftlicher Veränderungen
797 müssen sie
798 ihren Platz in der Verwertungskette der Kulturproduktion immer wieder neu
799 behaupten. Das
800 gilt vor allem für die neuen Entwicklungen der Künstlichen Intelligenz (KI).
801 Diese nutzt von
802 Menschen erdachte Bilder, Töne und Texte, um neue Inhalte zu erzeugen. Damit
803 tritt sie in
804 Konkurrenz zu menschlichen Urheber*innen. Wir setzen uns daher für die
805 Durchsetzung der
806 Rechte von Urheber*innen ein, zum Beispiel dafür, dass sie die Zustimmung zur
807 Verwendung
808 ihres Materials auf der Grundlage des bestehenden Urheberrechts verweigern
809 dürfen.
810 Urheber*innen wollen wir bei der fairen Vergütung ihrer Werke unterstützen.
811 Urheber*innen
812 und auch andere Kulturschaffende wie Schauspieler*innen oder Musiker*innen
813 müssen einen
814 Platz am Tisch haben, wenn über die Weichenstellungen der digitalisierten
815 Kulturwelt
816 entschieden wird.

817 Durch eine Erweiterung des Erasmus-Programms auf Künstler*innen und Kreative
818 wollen wir die
819 Mobilität und die europäische Perspektive von Kulturschaffenden weiter stärken.
820 Für
821 Kulturschaffende, denen außerhalb der EU Verfolgung droht, wollen wir einen
822 sicheren Hafen
823 und Unterstützungsmöglichkeiten anbieten.

824 Medienfreiheit garantieren

825 Freie Medien sind eine unverzichtbare Grundlage für jede demokratische
826 Öffentlichkeit. Auch
827 in Mitgliedstaaten der EU wird diese Grundlage heute angegriffen. Wir
828 unterstützen deshalb
829 verbindliche Instrumente, um gegen die Einschränkung von Pressefreiheit – sei es
830 in Form
831 offener Zensur, durch die Kontrolle und Zentralisierung von Verlageigentum oder
832 auf anderem
833 Weg – vorzugehen. Dabei gilt für uns auch hier, dass alle Kontrollmechanismen
834 dem Grundsatz
835 der Staatsferne folgen müssen.

836 Private Medien in Print und Online werden auch durch die Marktmacht der
837 Plattformen im
838 Wettbewerb um Werbeeinnahmen stark in ihrem Wirtschaftsmodell beeinträchtigt.
839 Wir streben
840 deshalb an, durch geeignete Instrumente die Wettbewerbssituation für
841 journalistische
842 Angebote besonders im Netz zu verbessern.

843 Der grenz- und sprachüberschreitende Raum der EU stellt für die Herausbildung
844 einer
845 gemeinsamen Öffentlichkeit eine besondere Herausforderung dar. Deshalb setzen
846 wir uns für
847 einen Ausbau transnationaler und mehrsprachiger Angebote des öffentlich-
848 rechtlichen
849 Rundfunks ein. Konkret wollen wir dazu zunächst den erfolgreichen Ansatz des
850 Senders arte
851 ausbauen und ihn schrittweise zu einem gemeinsamen europäischen Angebot
852 entwickeln. Darüber
853 hinaus setzen wir uns für die Vernetzung der Angebote des öffentlich-rechtlichen
854 Rundfunks
855 in Europa und für eine verbesserte Auffindbarkeit europäischer Kultur- und
856 Medienangebote im
857 Netz ein. Wir wollen Förderung und Schutz für Exilmedien schaffen, damit die EU
858 ein Raum des
859 freien Ausdrucks auch für Menschen aus Ländern sein kann, in denen die Presse-
860 und
861 Meinungsfreiheit unterdrückt wird.

862 Europäisch erinnern

863 Die Erinnerung an vergangenes Unrecht gehört zu den Grundlagen aller
864 Gesellschaften eines
865 Kontinents, der über Jahrhunderte von Gewalt und Kriegen gezeichnet war. Die EU
866 als
867 Friedensprojekt hat die Aufgabe, diese Perspektiven zueinander in Beziehung zu
868 setzen.
869 Erinnerung soll einen Beitrag zu Versöhnung und Verständigung leisten, nicht
870 spalten. Dabei
871 ist es wichtig, eine multiperspektivische Erinnerungskultur zu fördern, die auch
872 die
873 Geschichte von bisher zu Unrecht überhörten Gruppen mit in den Blick nimmt. Wir
874 wollen mit
875 europäischen Mitteln Initiativen unterstützen, die sich der Aufgabe der
876 Verständigung widmen
877 und beispielsweise auch in Osteuropa die sich historisch überlagernden
878 Gewalterfahrungen
879 durch den Angriffskrieg Deutschlands sowie die Unterdrückung durch die
880 Sowjetunion in ihrem
881 komplexen Erbe verständlich und nachvollziehbar machen. Bestrebungen nach einer
882 Umdeutung
883 der Geschichte im Dienste nationalistischer Tendenzen treten wir entschieden
884 entgegen.

885 Allen Versuchen, einen „Schlussstrich“ unter das Erinnern an die Verbrechen des
886 Nationalsozialismus und besonders der Shoah zu ziehen oder sie zu verharmlosen,
887 stellen wir
888 uns klar entgegen. Sie sind mit den demokratischen Werten unvereinbar. Wir
889 werden dies nicht
890 unbeantwortet lassen – nicht in Deutschland, nicht in Europa, nirgendwo.

891 Zum europäischen Erbe gehört auch die grausame Geschichte von Völkermord,
892 Kolonialismus,
893 Versklavung und Ausbeutung in Afrika, Lateinamerika und Asien. Viele europäische
894 Staaten
895 waren in diese Verbrechen verwickelt und profitieren teilweise noch heute von
896 den damals
897 geschaffenen Abhängigkeiten. Deswegen wollen wir die Aufarbeitung der kolonialen
898 Geschichte
899 in enger Zusammenarbeit mit den Nachkommen, mit Forscher*innen und
900 zivilgesellschaftlichen
901 Initiativen aus ehemals kolonisierten Staaten auch auf europäischer Ebene
902 vorantreiben. Dazu
903 gehört die Rückgabe beispielsweise von Raubkunst oder menschlichen Gebeinen.

904 Fair Play im Sport

905 Ob Amateurfußball oder Champions League, ob Fahrradausflug oder Tour de France –
906 Sport steht
907 im Herzen von Europa. Er verbindet Menschen, schafft und vermittelt regionale
908 Identitäten,
909 sorgt für Gesprächsstoff. Im Zentrum stehen die vielen Menschen, die sich
910 ehrenamtlich in
911 Vereinen und Verbänden engagieren. Wir wollen Verbände stärken, die sich
912 besonders für
913 gesellschaftlichen Zusammenhalt, Demokratie und Gleichberechtigung sowie gegen
914 Ausgrenzung
915 und Hass stark machen. Europäische Fördermittel wollen wir für sie einfacher
916 zugänglich
917 machen.

918 Sport kann nur dann eine Vorbildfunktion einnehmen und verbinden, wenn er fair
919 und
920 transparent funktioniert. Betrug, Doping und Korruption stehen seinem Wesen
921 diametral
922 entgegen. Wir wollen daher eine unabhängige europäische Agentur etablieren, die
923 sich mit
924 NGOs, Anti-Korruptionsexpert*innen sowie internationalen Ermittler*innen für
925 Transparenz,
926 Integrität und echte Rechenschaftspflichten um Korruptions- und Betrugsfälle im
927 weltweiten
928 Sport kümmert.

929 Damit wollen wir Vertrauen wiederherstellen. Das ist auch eine Grundlage dafür,
930 dass
931 internationale Sportgroßveranstaltungen in Europa weiter ihren Platz haben. Wenn
932 sie mit
933 klaren und verlässlichen Standards für soziale und ökologische Fairness und
934 Nachhaltigkeit
935 arbeiten, können sie damit weltweit einen Wettbewerbsvorteil erlangen und
936 Zeichen setzen.
937 Wir setzen besonders auf eine grenzüberschreitende Ausrichtung von

938 Sportereignissen. So
939 machen wir den europäischen Spitzensport gemeinsam erlebbar.
940 Wir wollen Sport gegen die Auswirkungen der Klimakrise resilient machen. Viele
941 Sportarten
942 sind von einer intakten Natur abhängig, gleichzeitig verursacht der Sport
943 Schäden. Wir
944 wollen durch ein europäisches Forschungsprogramm Wege aufzeigen, wie sich
945 Europas
946 vielfältige Sportszene klimaneutral entwickeln kann.

947 5. Humanität und Ordnung

948 Fach- und Arbeitskräfte willkommen heißen

949 Europa steht vor einem demografischen Wandel mit einer rasch alternden
950 Bevölkerung und sucht
951 händierend nach Fach- und Arbeitskräften. Um unseren Wohlstand zu sichern,
952 müssen wir im
953 weltweiten Wettbewerb um schlaue Köpfe und fleißige Hände attraktiver werden und
954 Einwanderung modern gestalten. Statt bürokratischer und langwieriger Verfahren
955 wollen wir
956 die Fach- und Arbeitskräfteeinwanderung mit EU-weiten gemeinsamen
957 Rahmenregelungen fördern.
958 Hierzu zählt, die Anerkennung von Bildungsabschlüssen aus Drittstaaten
959 einheitlich und
960 unbürokratisch zu gestalten.

961 Um qualifizierte Fachkräfte anzuwerben, wollen wir den EU-Talentpool weiter
962 ausbauen. Dafür
963 braucht es in den europäischen Botschaften mehr Personal und eine
964 Digitalisierungsoffensive,
965 damit Anträge schnell und auch digital gestellt werden können. Fach- und
966 Arbeitskräfte
967 gewinnen wir aber nicht nur durch unbürokratische Verfahren. Wir wollen auch
968 sicherstellen,
969 dass sich Migrant*innen durch eine gelebte Ankommens- und Willkommenskultur
970 schnell bei uns
971 einleben und gern bei uns leben. Denn eine aktive Willkommenskultur macht uns
972 auch als
973 Wirtschaftsstandort attraktiv. Dazu gehört es auch, Rassismus und Ausgrenzung
974 entgegenzutreten, die nicht zuletzt Europas Wohlstand schaden. Um Angebote für
975 eine gute und
976 schnelle Integration vor Ort zu unterstützen, wollen wir den kommunalen
977 Integrationsfonds
978 stärken und weiter ausbauen.

979 Wir wollen alle Arbeitskräfte gegen Ausbeutung schützen – auch Menschen ohne
980 Papiere. Faire
981 Arbeitsbedingungen dürfen nicht von der Herkunft abhängen. Dazu wollen wir
982 mehrsprachige und

983 niedrigschwellige Beschwerde- und Beratungsstrukturen ausbauen und stärken,
984 damit sich alle
985 Arbeiter*innen an sie wenden können.

986 Gemeinsame Asylpolitik angehen

987 Wir kämpfen für eine EU, die den Zugang zum Grundrecht auf Asyl garantiert sowie
988 humanitäre
989 und völkerrechtliche Verpflichtungen einhält. Wir stehen zur Genfer
990 Flüchtlingskonvention,
991 der Europäischen Menschenrechtskonvention, der UN-Kinderrechtskonvention, der
992 Behindertenrechtskonvention und dem internationalen Seerecht.

993 Eine langfristige, geordnete und faire gemeinsame Asylpolitik ist nötig, um
994 menschenunwürdige Ad-hoc-Lösungen zu beenden. Mit einer fairen und verbindlichen
995 Verteilung
996 von Schutzsuchenden stärken wir die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten und
997 verteidigen
998 unsere gemeinsamen Werte. Abschottung und Grenzzäune schaffen Chaos und Leid,
999 rechtsstaatliche Verfahren sorgen für Humanität und Ordnung.

1000 Gerade Staaten mit europäischen Außengrenzen sind auf eine geordnete Verteilung
1001 und
1002 Unterstützung der EU sowie auf Solidarität beim rechtsstaatlichen
1003 Grenzmanagement
1004 angewiesen. Wir setzen uns deshalb für einen dauerhaften, verlässlichen und
1005 verpflichtenden
1006 Solidaritäts- und Verteilmechanismus ein. Um die gemeinsamen Herausforderungen
1007 zu
1008 bewältigen, müssen sich alle Mitgliedstaaten einbringen – ob durch die Aufnahme
1009 von
1010 Schutzsuchenden oder durch finanzielle Unterstützung für die Aufnahme von
1011 Geflüchteten.
1012 Geld- und Sachleistungen an Drittstaaten sind dabei keine Kompensation.
1013 Mitgliedstaaten, die
1014 in besonderem Maße Geflüchtete aufnehmen, müssen gestärkt und finanziell
1015 entlastet werden.

1016 Viele Kommunen in der EU sind bereit, beherzt anzupacken. Bei der Verteilung von
1017 Geflüchteten innerhalb der EU wollen wir eine aktive Rolle der Kommunen stärken
1018 und die
1019 kommunalen Integrationsfonds ausbauen. Wenn es um die Verteilung Geflüchteter
1020 auf der
1021 europäischen Ebene geht, möchten wir die Ressourcen der Länder und Kommunen über
1022 einen
1023 Matching-Mechanismus mit den Bedürfnissen der Geflüchteten in Einklang bringen.

1024 Um das Vertrauen in unser Asylsystem zu stärken, wollen wir die EU-Asylagentur
1025 in ihren
1026 Befugnissen erweitern, damit sie die gemeinsamen europäischen Asylregeln
1027 durchsetzen kann.
1028 Perspektivisch soll die Behörde dort, wo das System in einzelnen Mitgliedstaaten
1029 überlastet

1030 ist, auch die Kompetenz für Asylverfahren erhalten. Dabei sind
1031 menschenrechtliche
1032 Verpflichtungen einzuhalten und streng zu kontrollieren.

1033 Humanität und Ordnung an den Außengrenzen sicherstellen

1034 Die EU ist ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Das Recht auf
1035 Freizügigkeit
1036 bzw. der Abbau von Grenzen innerhalb Europas war und ist eine der größten
1037 Errungenschaften
1038 für das Zusammenwachsen der europäischen Gemeinschaft. Deshalb lehnen wir
1039 dauerhafte und
1040 stationäre Binnengrenzkontrollen ab.

1041 Ein gemeinsamer Schengen-Raum braucht kontrollierte Außengrenzen. Denn für die
1042 Freiheit und
1043 Sicherheit im Inneren müssen wir zuverlässig wissen und kontrollieren können,
1044 wer nach
1045 Europa kommt.

1046 Die Glaubwürdigkeit der europäischen Werte und damit auch der Einfluss
1047 europäischer Politik
1048 nach außen setzt indes die Achtung von Recht und Werten im eigenen Handeln
1049 voraus. Mit
1050 dieser Erkenntnis ist es schwer vereinbar, dass das europäische Versprechen von
1051 Humanität
1052 und Rechtsstaatlichkeit für Tausende jährlich an Stacheldraht und
1053 Patrouillenbooten
1054 zerschellt.

1055 Dem Versuch, Geflüchtete rechtswidrig zurückzudrängen, stellen wir uns
1056 entschieden entgegen.
1057 Menschen, die bei uns in Europa ankommen, müssen zuverlässig registriert,
1058 erstversorgt und
1059 menschenwürdig untergebracht werden. Das Recht auf Einzelfallprüfung und das
1060 Nichtzurückweisungsgebot gelten dabei immer und überall.

1061 Trotz dieser völker- und europarechtlich verbrieften Prinzipien erleben wir an
1062 Europas
1063 Außengrenzen immer wieder systematische Rechtsbrüche. Menschen sind
1064 Misshandlungen
1065 ausgesetzt, ihnen wird der Zugang zum Asylverfahren verweigert oder sie werden
1066 in Seenot
1067 ihrem Schicksal überlassen. Wir setzen uns dafür ein, dass illegale Pushbacks
1068 rechtlich und
1069 politisch konsequent geahndet werden. Wir wollen außerdem das staatliche und
1070 zivilgesellschaftliche Menschenrechtsmonitoring durch die EU-Grundrechteagentur
1071 weiter
1072 ausbauen. Gleichzeitig bedarf es einer engmaschigen parlamentarischen Kontrolle
1073 von Frontex-
1074 Einsätzen und einer systematischen Menschenrechtsbeobachtung vor Ort. Hilfs- und
1075 Menschenrechtsorganisationen benötigen jederzeit Zugang zu den Geflüchteten und
1076 den

1077 Grenzregionen. Kooperationen der EU mit Drittstaaten müssen immer auf der Basis
1078 von Grund-
1079 und Menschenrechten erfolgen. Die Zusammenarbeit mit der libyschen Küstenwache
1080 wollen wir
1081 endlich beenden.

1082 Wir stehen entschlossen an der Seite der vielen Engagierten, die Geflüchtete
1083 versorgen und
1084 beraten. Wir wollen sicherstellen, dass Presse, NGOs und Anwält*innen
1085 ungehindert Zugang zu
1086 ihnen haben, um ihrem humanitären Engagement nachzugehen. Die Bedarfe von
1087 besonders
1088 schutzbedürftigen Gruppen wie Frauen, queeren Menschen, Kindern oder Menschen
1089 mit
1090 Behinderungen müssen wir dabei besonders in den Blick nehmen. Kinder, die sich
1091 allein auf
1092 den Fluchtweg machen, müssen wir besser vor kriminellen Strukturen schützen. Sie
1093 müssen
1094 kindergerecht untergebracht und versorgt werden.

1095 Spurwechsel, Migrations- und Rückführungsabkommen

1096 Alle Menschen, die in Europa Schutz suchen, haben ein Recht auf faire und
1097 rechtsstaatliche
1098 Asylverfahren. Wir fordern, dass sie dabei Zugang zu unabhängigen Asylberatungen
1099 haben, um
1100 ihre Rechte zu kennen und durchzusetzen. Auch im Rahmen von möglichen
1101 Grenzverfahren muss
1102 eine unabhängige Rechtsberatung gewährleistet sein.

1103 Gleichzeitig wissen wir, dass nicht alle Asylverfahren zu einer
1104 Aufenthaltserlaubnis führen.
1105 Wer nach sorgfältiger Prüfung der asyl- und aufenthaltsrechtlichen
1106 Voraussetzungen sowie
1107 nach Ausschöpfung aller Rechtsmittel kein Aufenthaltsrecht erhalten hat, muss
1108 zügig wieder
1109 ausreisen – sofern dem keine Abschiebehindernisse entgegenstehen. Rückführungen
1110 sind immer
1111 mit besonderen menschlichen Härten verbunden. Wir wollen, dass die freiwillige
1112 Rückkehr
1113 Vorrang vor zwangsweisen Rückführungsmaßnahmen hat. Deshalb setzen wir uns für
1114 eine
1115 europaweite, ergebnisoffene und unabhängige Rückkehrberatung ein.

1116 Klar ist auch, dass Menschen nicht in Staaten abgeschoben werden dürfen, in
1117 denen ihnen
1118 Menschenrechtsverletzungen oder eine erhebliche Gefahr für Leib und Leben
1119 drohen. Eine
1120 Rückführung darf nur in Länder erfolgen, zu denen die betroffene Person eine
1121 klare
1122 Verbindung hat. Das Konzept der sicheren Drittstaaten finden wir weiterhin
1123 falsch. Der

1124 Abschluss von sogenannten Rückführungs- oder Migrationsabkommen muss
1125 menschenrechtsbasiert,
1126 die Zusammenarbeit mit den Herkunftsstaaten partnerschaftlich und auf Augenhöhe
1127 erfolgen.

1128 Sie darf nicht von finanzieller Unterstützung im Rahmen der
1129 Entwicklungszusammenarbeit
1130 abhängig gemacht werden.

1131 Das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten finden wir falsch, denn es löst keine
1132 Probleme.

1133 Was hilft, ist: alle Asylverfahren beschleunigen und die Qualität der
1134 Entscheidung
1135 verbessern. Länder, die ihren Staatsbürger*innen eine sichere Rückkehr
1136 garantieren, sollen
1137 über Visaerleichterungen oder Ausbildungspartnerschaften eine Aussicht auf
1138 geordnete
1139 Migration erhalten. Menschen, die schwere Straftaten begangen haben, müssen nach
1140 Verbüßung
1141 ihrer Strafe prioritär zurückgeführt werden.

1142 Viele Geflüchtete leben bereits lange in Europa, bringen sich ein und stehen in
1143 Beschäftigungsverhältnissen. Wir wollen ihnen eine bessere Perspektive geben.
1144 Denn es ist
1145 nicht zumutbar, dass Menschen trotz tiefer Verwurzelung in die europäische
1146 Gesellschaft
1147 täglich Sorge vor einer Abschiebung haben müssen. Wir setzen uns deshalb für
1148 einen
1149 Spurwechsel ins europäische Einwanderungssystem ein.

1150 Menschen in Seenot retten

1151 Jedes Jahr sterben Tausende Menschen beim Versuch, das Mittelmeer zu überqueren.
1152 Als EU ist
1153 es unsere Verpflichtung, die Augen vor diesem unerträglichen Zustand nicht zu
1154 verschließen.
1155 Kein Mensch sollte für das Recht, um Asyl zu ersuchen, das eigene Leben oder das
1156 der Familie
1157 und Kinder riskieren müssen. Wir dürfen nicht länger hinnehmen, dass das
1158 Mittelmeer die
1159 tödlichste Grenze der Welt bleibt.

1160 Das Völkerrecht verpflichtet uns dazu, Menschen in Seenot zu retten. Es braucht
1161 endlich eine
1162 europäische Initiative für eine zivile, flächendeckende und staatlich
1163 koordinierte
1164 Seenotrettung. Wir stehen an der Seite der Seenotretter*innen, die Menschenleben
1165 retten.
1166 Alle Mitgliedstaaten der EU sind dafür verantwortlich, zu gewährleisten, dass
1167 Seenotrettungsorganisationen ihre Einsätze gefahrlos absolvieren können. Der
1168 erfolgte
1169 Einstieg Deutschlands in die finanzielle Unterstützung privater Seenotrettungs-
1170 NGOs ist hier

1171 ein wichtiger Schritt. Die Seenotrettungsschiffe dürfen nicht durch Behörden in
1172 ihrer Arbeit
1173 behindert werden. Rettungsschiffe müssen die Gelegenheit haben, den
1174 nächstgelegenen sicheren
1175 Hafen anzulaufen, damit die Menschen an Land gehen und versorgt werden können.
1176 Ein Auslaufen
1177 von Rettungsschiffen darf nicht behindert und Seenotrettung nicht kriminalisiert
1178 werden. Um
1179 Menschenleben zu retten, treten wir für die Verbesserung der staatlichen, unter
1180 anderem
1181 finanziellen, Unterstützung ziviler Organisationen ein. Wenn Menschen von
1182 Seenotrettungsschiffen aufgenommen werden, müssen sie Zugang zum Antrag auf Asyl
1183 erhalten.

1184 Sichere und legale Fluchtwege schaffen

1185 Der wirksamste Weg, irregulärer Migration entgegenzuwirken, ist die Schaffung
1186 sicherer und
1187 legaler Migrationswege. So schützen wir nicht nur Menschenleben, sondern legen
1188 auch
1189 Schleuser*innen das Handwerk.

1190 Wir setzen deshalb auf partnerschaftliche Mobilitäts- und Migrationsabkommen mit
1191 Staaten
1192 außerhalb der EU. Diese sollen vor allem Wege zur Bildungs- und Arbeitsmigration
1193 schaffen
1194 und können gleichzeitig die menschenrechtlich abgesicherte Rückführung
1195 abgelehnter
1196 Asylbewerber*innen umfassen.

1197 Wir setzen uns dafür ein, das Resettlement-Programm des Flüchtlingshilfswerks
1198 UNHCR deutlich
1199 auszubauen und zu stärken. So können durch die Vereinten Nationen (UN)
1200 anerkannte und
1201 besonders schutzbedürftige Geflüchtete geordnet und solidarisch auf die
1202 Aufnahmeländer
1203 verteilt werden. Wir wollen, dass sich der Anteil nach der Wirtschaftskraft der
1204 Staaten
1205 bemisst. Das EU-Resettlement muss sich dabei an den UNHCR-Kriterien orientieren
1206 und darf das
1207 individuelle Recht auf Asyl nicht schwächen.

1208 Mit der Erteilung von humanitären Visa wollen wir sicherstellen, dass
1209 Asylsuchende Europa
1210 erreichen können, ohne ihr Leben zu gefährden. Als EU müssen wir in besonderem
1211 Maße unserer
1212 Verantwortung gegenüber ehemaligen Ortskräften sowie besonders gefährdeten
1213 Afghan*innen und
1214 ihren Familien gerecht werden. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass
1215 Aufnahmeprogramme
1216 gestärkt werden. Afghanischen Frauen, die in Drittstaaten geflohen sind und
1217 denen seit der

1218 Machtübernahme der Taliban ein Studium in ihrem Heimatland untersagt ist, wollen
1219 wir mit
1220 einem europäischen Stipendienprogramm ermöglichen, ihr Studium fortzusetzen.
1221 Wir treten dafür ein, dass Geflüchtete ihre Angehörigen nachholen können.
1222 Familien gehören
1223 zusammen. Gleichzeitig unterstützen stabile Lebensverhältnisse die Integration.

1224 6. Ein vereintes Vorgehen gegen Kriminalität

1225 Polizeiliche Zusammenarbeit stärken

1226 Ein starker Raum der Freiheit und Freizügigkeit braucht handlungsfähige
1227 Institutionen, die
1228 Recht und Demokratie schützen, und er braucht Männer und Frauen, die oft unter
1229 großem
1230 persönlichen Einsatz diesen Auftrag erfüllen. Kriminalität findet
1231 grenzüberschreitend statt
1232 und verursacht enorme Schäden – sie bedroht die individuelle Sicherheit aller
1233 Menschen,
1234 unsere Lebensqualität, unseren Wohlstand. Die EU muss darauf antworten: Die
1235 zunehmende
1236 Vernetzung unserer Gesellschaft und Wirtschaft muss sich auch in der
1237 Zusammenarbeit unserer
1238 Sicherheitsbehörden widerspiegeln. Moderne und effiziente Polizei- und
1239 Justizarbeit muss in
1240 einem vereinten Europa ebenfalls grenzüberschreitend stattfinden sowie im
1241 Einklang mit
1242 Bürger*innen-Rechten und rechtsstaatlichen Standards operieren. Wir setzen auf
1243 wirksame
1244 Prävention und gemeinsame Strafverfolgung.

1245 Die europäische Polizeibehörde Europol wollen wir dafür ausbauen. Europol soll
1246 eigene
1247 operative Möglichkeiten für die Bekämpfung von Terrorismus und Organisierter
1248 Kriminalität
1249 (OK) bekommen. Das Europol-Informationssystem (EIS) entwickeln wir weiter, um
1250 den
1251 Datenaustausch zu verbessern. Die Aufsicht von Europol durch das Europäische
1252 Parlament
1253 wollen wir stärken, um Transparenz sicherzustellen. Neben dem Ausbau von Europol
1254 sind
1255 Austausch und Vernetzung der europäischen Polizei ein Schlüssel zum Erfolg: Die
1256 polizeiliche
1257 Zusammenarbeit fördern wir durch den Ausbau gemeinsamer Joint-Investigation-
1258 Teams, die in
1259 enger Zusammenarbeit Ermittlungen durchführen. Gemeinsame Zentren der Polizei in
1260 Grenzregionen bauen wir auf Ebene der EU aus.

1261 Vor allem wollen wir die europäische Perspektive in Praxis und Theorie der
1262 Polizeiarbeit

1263 stärken: Wir schaffen ein europaweites, gefördertes Austauschprogramm für
1264 Polizist*innen,
1265 bauen die Kooperation und Forschung an Polizeihochschulen und Universitäten aus
1266 – und
1267 stärken so eine wissenschaftsbasierte Kriminalpolitik. Auch Drittstaaten wollen
1268 wir hierbei
1269 einbeziehen.

1270 Organisierte Kriminalität bekämpfen

1271 Organisierte Kriminalität (OK) schädigt Menschen europaweit. Sie kostet
1272 Steuerzahler*innen
1273 und Unternehmen Milliardenbeträge. Sie kann Demokratie und Rechtsstaat
1274 unterwandern.
1275 Beispiele hierfür sind die Mordanschläge auf investigative Journalist*innen, die
1276 Unterwanderung legaler Wirtschaftsbereiche oder die politische Einflussnahme
1277 durch
1278 Korruption. Damit schädigt die OK insbesondere wirtschaftlich schwache Regionen
1279 in Europa
1280 und hindert deren Entwicklung. Wir wollen entschlossen und gemeinsam gegen
1281 Organisationen
1282 der OK vorgehen. Gruppierungen wie die Mafia nehmen wir dabei besonders in den
1283 Blick. Dafür
1284 stärken wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Kriminalpolizei und
1285 Justiz. Die
1286 europäischen Gesetze zur Bekämpfung der OK wollen wir harmonisieren.

1287 Die organisierte Wirtschaftskriminalität betrachten wir stärker, schützen so
1288 auch
1289 Verbraucher*innen vor Betrug und Unternehmen vor unfairem Wettbewerb. Den Kampf
1290 gegen die
1291 unterschiedlichen Formen des Menschenhandels wollen wir konsequent führen und
1292 den Opfern
1293 besonderen Schutz zukommen lassen. Ein Schwerpunkt für uns ist die Bekämpfung
1294 der
1295 Umweltkriminalität und Agromafia: Die illegale Entsorgung von Müll, der illegale
1296 Holzeinschlag oder der Handel mit fragwürdig erzeugten Lebensmitteln verursachen
1297 enorme
1298 Schäden für Mensch und Umwelt. Den Handel mit illegalen Drogen werden wir
1299 eindämmen. Ein
1300 nachhaltiges Vorgehen gegen kriminelle Aktivitäten kann nur in Zusammenarbeit
1301 mit der
1302 Zivilgesellschaft gelingen und muss auf Prävention setzen. Daher werden wir
1303 zivilgesellschaftliche Organisationen unterstützen, die sich gegen die OK
1304 engagieren.

1305 Gegen Geldwäsche vorgehen

1306 Geldwäsche und Finanzkriminalität verursachen hohe finanzielle Schäden für Staat
1307 und
1308 Gesellschaft. Allein in Deutschland werden schätzungsweise rund 100 Milliarden

1309 Euro jährlich
1310 „gewaschen“. Der Skandal um die Wirecard AG hat viele Tausende von
1311 Kleinanleger*innen
1312 geschädigt. Wir wollen entschieden gegen Geldwäsche und Finanzkriminalität
1313 vorgehen. Auch
1314 den organisierten Steuer- oder Subventionsbetrug werden wir ins Visier nehmen.
1315 Finanzermittlungen bieten häufig erste Ermittlungsansätze und können helfen,
1316 kriminellen
1317 Gruppen die Geschäftsgrundlage zu entziehen. Für uns ist klar: Kriminalität darf
1318 sich nicht
1319 lohnen!

1320 Die neue europäische Anti-Geldwäschebehörde AMLA wollen wir zu einer
1321 schlagkräftigen
1322 Institution im Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung entwickeln.
1323 Wir drängen
1324 darauf, dass alle EU-Mitgliedstaaten nun ohne Verzug europäische und
1325 internationale
1326 Standards zur Bekämpfung der Geldwäsche national umsetzen. Zusätzlich soll der
1327 automatische
1328 Austausch von Steuerinformationen intensiviert werden. Wir setzen uns dafür ein,
1329 dass
1330 international auf Ebene der G7/G20 ein Anti-Geldwäsche-Aktionsplan
1331 vorangetrieben wird. Wir
1332 setzen uns für ein europäisches Vermögensregister ein. Behörden sollten
1333 europaweit die
1334 wirtschaftlichen Eigentümer von Vermögensgegenständen einsehen dürfen, die von
1335 Kriminellen
1336 regelmäßig für Geldwäsche missbraucht werden. Schlupflöcher und
1337 Umgehungsmöglichkeiten der
1338 Transparenzregister, die zur Bekämpfung von Geldwäsche und
1339 Terrorismusfinanzierung dienen,
1340 werden wir weiter einschränken. Der Zugang zu den Transparenzregistern soll für
1341 die
1342 Zivilgesellschaft, Journalist*innen und andere Gruppen mit berechtigtem
1343 Interesse einfach,
1344 kostenfrei und anonym möglich sein. Immobilien müssen wirksam vor Spekulationen
1345 durch
1346 illegales Geld geschützt werden. So schützen wir auch Mieter*innen. Dafür werden
1347 wir die
1348 Transparenzvorschriften und Kontrollen beim Immobilienerwerb verbessern. Die
1349 grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Strafverfolgungsbehörden und Instrumente
1350 im Bereich
1351 Vermögensabschöpfung wollen wir verbessern. Vermögen unklarer Herkunft in
1352 Zusammenhang mit
1353 kriminellen Aktivitäten muss einfacher eingezogen werden können. Für Bargeld
1354 werden wir EU-
1355 weit gültige Höchstgrenzen festlegen, um den Transfer von inkriminierten
1356 Finanzmitteln zu
1357 erschweren. Das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung OLAF werden wir personell
1358 und
1359 finanziell stärken, damit es wirksam gegen Betrugs- oder Korruptionsstraftaten,

1360 zum Beispiel

1361 die Veruntreuung von europäischen Fördergeldern, vorgehen kann.

1362 Terrorismus das Handwerk legen

1363 Terroristische Anschläge oder Gewalttaten, derzeit hauptsächlich islamistisch

1364 und

1365 rechtsextrem motiviert, erzeugen unermessliches menschliches Leid. Sie stellen

1366 eine enorme

1367 Gefahr für die öffentliche Sicherheit dar. Terrornetzwerke reichen oft über den

1368 gesamten

1369 Kontinent und darüber hinaus. Die EU kann und muss hier einen wirkungsvollen

1370 Beitrag zum

1371 Schutz leisten. Eine konsequente und gut abgestimmte polizeiliche wie

1372 nachrichtendienstliche

1373 europaweite Zusammenarbeit mit einheitlichen Standards und Definitionen ist

1374 notwendig, um

1375 dem Terror das Handwerk zu legen. Wir wollen hierfür die Stelle des Anti-Terror-

1376 Koordinators

1377 bzw. der Anti-Terror-Koordinatorin der EU aufwerten und die Mitgliedstaaten zu

1378 mehr

1379 Austausch und Kooperation verpflichten.

1380 Gute Präventionsarbeit ist das beste Mittel, damit Menschen nicht in die

1381 politische

1382 Gewaltszene und den Terrorismus abrutschen. Dafür brauchen wir den europaweiten

1383 Erfahrungsaustausch demokratischer Kräfte, den wir finanziell fördern wollen.

1384 Dazu zählt die

1385 Bildungsarbeit an Schulen oder Jugendeinrichtungen. Programme zur

1386 Deradikalisierung oder

1387 Angebote für Aussteiger*innen aus der islamistischen oder rechtsextremen Szene

1388 wollen wir

1389 EU-weit etablieren. Die Entwicklung anderer und neuer Extremismusformen

1390 beobachten wir

1391 genau. Onlineplattformen spielen eine wichtige Rolle bei der Verbreitung von

1392 Terrorpropaganda. Wir wollen, dass Onlineplattformen entschiedener dagegen

1393 vorgehen und

1394 entsprechende Inhalte löschen.

1395 Durch eine entschiedene Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung wollen wir dem

1396 Terror die

1397 operative Grundlage entziehen. Wir richten den Blick darauf, wo sich

1398 terroristische und

1399 kriminelle Strukturen überschneiden. So unterbinden wir den Zugang zu

1400 Schwarzmärkten und

1401 legen wichtige Finanzquellen trocken. Wir setzen uns für gemeinsame Standards

1402 und einen

1403 intensiven Austausch bei der Verfolgung von Terrorist*innen ein.

1404 Bei der Beobachtung potenzieller Gewalttäter*innen braucht es ein europaweit

1405 einheitliches

1406 Vorgehen, damit die Sicherheitsbehörden nicht aus administrativen Gründen ihre

1407 Spur
1408 verlieren. Den Begriff des „Gefährders“ wollen wir deshalb EU-weit einheitlich
1409 definieren,
1410 um eine grenzüberschreitende Fallbearbeitung sicherzustellen.

1411 Schwere Gewalttaten und Terroranschläge haben in der Vergangenheit immer wieder
1412 gezeigt,
1413 dass Schusswaffen oder Ausgangsstoffe für Explosivstoffe zu leicht verfügbar
1414 sind. Wir
1415 wollen die Verfügbarkeit von illegalen Schusswaffen einschränken und den
1416 Schwarzmarkt
1417 austrocknen. Für sogenannte Anscheinswaffen, beispielsweise Sammlerstücke,
1418 wollen wir
1419 wirksame europäische Standards einführen, damit eine Reaktivierung der Waffen
1420 nicht mehr
1421 möglich ist. Waffen und relevante Waffenteile müssen lückenlos registriert
1422 werden. Wir
1423 setzen uns für gemeinsame und strenge Standards für die Zuverlässigkeitsprüfung
1424 für
1425 Waffenbesitzer*innen ein. Den Missbrauch von Ausgangsstoffen von Explosivstoffen
1426 wollen wir
1427 durch ein strenges Monitoring unterbinden.

1428 Nachrichtendienste effektiv aufstellen

1429 Grenzüberschreitender Terrorismus, geheimdienstliche Aktivitäten,
1430 Wirtschaftsspionage oder
1431 Desinformationskampagnen bedrohen unsere liberale und offene Gesellschaft.
1432 Besonders
1433 autoritäre Staaten wie China, Russland oder Iran nehmen dabei die gesamte EU in
1434 den Blick
1435 und koordinieren ihre Vorgehen in den verschiedenen Mitgliedstaaten. Beispiele
1436 hierfür sind
1437 Angriffe auf Oppositionelle oder auf unsere Kritischen Infrastrukturen (KRITIS).
1438 Dem müssen
1439 wir uns in Europa gemeinsam und entschlossen entgegenstellen. Die
1440 Nachrichtendienste spielen
1441 dabei eine wichtige Rolle und sind Teil einer wehrhaften Demokratie.

1442 Bislang wird ihre Arbeit aber oft dadurch behindert, dass Informationen und
1443 Erkenntnisse
1444 europaweit nicht ausreichend geteilt werden. Wir fordern effektive und
1445 demokratische
1446 Nachrichtendienste, damit wir die Sicherheit der EU global besser gewährleisten
1447 können.
1448 Deshalb wollen wir für eine bessere und rechtsstaatliche Zusammenarbeit der
1449 europäischen
1450 Nachrichtendienste eine europäische Nachrichtendienstagentur gründen. Dort soll
1451 in den
1452 Mitgliedstaaten gesammeltes Wissen, unter Einhaltung strenger rechtlicher
1453 Vorgaben,
1454 zusammengeführt und ausgewertet werden, um die Analysefähigkeit zu stärken. Es

1455 braucht
1456 demokratisch legitimierte und rechtsstaatliche Kontrollmechanismen der Agentur,
1457 die unter
1458 Einbeziehung des Europäischen Parlaments erarbeitet werden. Wir setzen uns dafür
1459 ein, dass
1460 nachrichtendienstliche Befugnisse europaweit auf klaren Rechtsgrundlagen stehen,
1461 effektiv
1462 begrenzt werden und eine parlamentarische Kontrolle in allen Mitgliedstaaten
1463 eingehalten
1464 wird. Einen rechtswidrigen Ringtausch von fragwürdig erlangten Daten unter den
1465 Nachrichtendiensten lehnen wir ab. Darüber hinaus setzen wir uns für eine
1466 bessere Vernetzung
1467 und Kooperation der mitgliedstaatlichen Aufsichtsbehörden auf der europäischen
1468 Ebene ein.

1469 Gemeinsame Strafverfolgung ausbauen

1470 Eine effiziente und gemeinsame Verfolgung von Straftaten braucht einen
1471 einheitlichen
1472 europäischen Rechtsrahmen – das gilt für das gesamte Spektrum, von der
1473 Organisierten
1474 Kriminalität bis hin zu Hasskriminalität. Dafür wollen wir insbesondere das
1475 Strafrecht
1476 weiter harmonisieren. Hasskriminalität wollen wir in die Liste der EU-Straftaten
1477 aufnehmen,
1478 damit sie europaweit verfolgt werden kann.

1479 Um Recht in Europa durchzusetzen, wollen wir die europäischen Strukturen
1480 stärken: Die
1481 Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen
1482 (Eurojust)
1483 wollen wir personell und finanziell besser ausstatten und die Europäische
1484 Staatsanwaltschaft
1485 (EUSTa) ausbauen. Sie soll zukünftig eigene Ermittlungen bei
1486 grenzüberschreitenden
1487 Sachverhalten im Bereich von Terrorismus und OK führen. Grenzüberschreitende
1488 Strafverfahren
1489 wollen wir vereinfachen und in einem Land bündeln, damit sie gemeinsam
1490 durchgeführt werden
1491 können. Durch die Digitalisierung des grenzüberschreitenden elektronischen
1492 Rechtsverkehrs
1493 unter Wahrung der IT-Sicherheit und des Datenschutzes schaffen wir eine
1494 schnellere und
1495 effizientere Zusammenarbeit der Justiz in Europa.

1496 Im Zentrum stehen die Rechte der Bürger*innen: Wir treten für einen effektiven
1497 Rechtsschutz
1498 von Beschuldigten und Verteidiger*innen ein. Hinweisgeber*innen, Zeug*innen und
1499 investigative Journalist*innen spielen eine herausragende Rolle bei der
1500 Aufklärung von
1501 Straftaten und Rechtsverstößen. Wir wollen sie deshalb besser schützen. Dafür
1502 schlagen wir

1503 ein EU-Netz vor, das europaweit einen wirksamen Schutz für Menschen bietet, die
1504 bei der
1505 Aufdeckung und Verfolgung von Straftaten mitwirken. All das soll Menschen dabei
1506 unterstützen, bei der Aufklärung von Verbrechen sicher mit der Justiz
1507 zusammenzuarbeiten.
1508 Das wollen wir nutzen. Aussagen von Kronzeug*innen sollen künftig eine größere
1509 Rolle bei der
1510 grenzüberschreitenden Strafverfolgung spielen.

1511 Die Bevölkerung schützen

1512 Naturkatastrophen, schwere Unglücke oder humanitäre Notlagen: Außerordentliche
1513 Notsituationen können das Leben Tausender Menschen auf den Kopf stellen und
1514 gigantische
1515 Umweltschäden nach sich ziehen. Ebenso können Angriffe auf unsere Kritische
1516 Infrastruktur
1517 unabsehbare Auswirkungen haben. Sie sind die Lebensadern unserer modernen
1518 Gesellschaft. Sie
1519 versorgen uns mit Energie oder Informationen. Einzelne Mitgliedstaaten sind mit
1520 Bedrohungen
1521 dieses Ausmaßes schnell überfordert. Die EU kann durch eigene Ressourcen und
1522 Koordination
1523 praktisch helfen – und so Sicherheit und Wohlstand auf unserem Kontinent
1524 schützen. Wir
1525 wollen den physischen und digitalen Schutz von KRITIS verbessern und
1526 zusammendenken. Dabei
1527 nehmen wir transnationale Netze stärker in den Blick. Ein verbindliches IT-
1528 Schwachstellenmanagement führen wir ein, um Attacken auf digitale Systeme zu
1529 verhindern.

1530 Durch die Klimakrise drohen Extremwetterereignisse mit ihren teilweise
1531 unabsehbaren Folgen
1532 weiter zuzunehmen. Eine Stärkung des europäischen Bevölkerungsschutzes kann
1533 dabei helfen,
1534 Schäden zu reduzieren. Wir wollen das europäische Katastrophenschutzverfahren
1535 weiter stärken
1536 und mit eigenen europäischen Fähigkeiten ausstatten. Dafür wollen wir zunächst
1537 eine echte
1538 europäische Löschflugzeugstaffel aufstellen und in die rescEU-Reserve einbinden.
1539 Den
1540 gesundheitlichen Bevölkerungsschutz und zum Beispiel Kapazitäten zur Hilfe bei
1541 Erdbeben oder
1542 anderen Großschadenslagen wollen wir ausbauen.

1543 7. Digitale Bürgerrechte

1544 Menschenrechte in einer digitalen Welt sichern

1545 Die schnell fortschreitende Digitalisierung hat einen enormen Einfluss auf die
1546 Art, wie wir

1547 zusammen leben. Deswegen entwickeln wir auf der Grundlage unserer Werte eine
1548 Menschenrechtspolitik für das digitale Zeitalter. Wir wollen die EU dabei als
1549 Vorbild und
1550 Partnerin für Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte in einer globalisierten
1551 digitalen Welt
1552 stärken. Dazu müssen wir bei der Gestaltung der digitalen Dimension die Rechte
1553 der Menschen
1554 immer mitdenken. Menschen haben das Recht, selbstbestimmt zu leben und weder von
1555 KI noch
1556 anderen Technologien vereinnahmt zu werden.

1557 Wir treten dafür ein, dass der digitale Raum stärker unsere vielfältige
1558 Gesellschaft
1559 abbildet und bestehende Diskriminierung nicht in den digitalen Raum übertragen
1560 wird. Wir
1561 fördern das konsequente Vorgehen gegen Diskriminierung und eine aktive
1562 Beteiligung von
1563 Frauen an den Gestaltungspositionen der Digitalisierung.

1564 Instrumente der Massenüberwachung lehnen wir daher ab. Dazu gehört etwa die
1565 anlasslose
1566 Vorratsdatenspeicherung, biometrische Gesichtserkennung, die Überwachung von
1567 Verhalten oder
1568 Emotionen. Besonders KI-gestützte Technologien zur Erkennung von Emotionen oder
1569 die
1570 Zuschreibungen von teils höchst persönlichen Eigenschaften wie Geschlecht,
1571 sexuelle
1572 Orientierung, politische oder gewerkschaftliche Zugehörigkeit lehnen wir
1573 aufgrund der hohen
1574 Wahrscheinlichkeit für Fehler und der möglichen Auswirkungen auf bereits
1575 marginalisierte
1576 Gruppen ab. Die Forschung und der Einsatz besonders von Emotionserkennung zur
1577 Unterstützung
1578 im medizinischen und sozialen Bereich sollen davon aber nicht betroffen sein.
1579 Das Recht auf
1580 eine sichere Kommunikation und Verschlüsselung wollen wir stärken und ausbauen.
1581 Sie ist
1582 gerade für eine freie Presseberichterstattung oder für die Arbeit von
1583 oppositionellen
1584 Kräften in autoritären Ländern von entscheidender Bedeutung.

1585 Der anlasslosen Verarbeitung von umfassenden Fluggastdaten und der Ausweitung
1586 entsprechender
1587 Systeme auf andere Sektoren treten wir klar entgegen. Auch in der EU wird
1588 Spyware
1589 eingesetzt, die tief in die Privatsphäre eindringt. Die Verwendung von Spyware,
1590 zum Beispiel
1591 zur Überwachung von Journalist*innen oder Staatsanwält*innen, lehnen wir ab.

1592 Gegen Hass im Netz vorgehen

1593 Der Zugang zu verlässlichen Informationen und Nachrichten ist eine Voraussetzung
1594 der
1595 Demokratie. Soziale Medien und andere moderne Kommunikationsplattformen erlauben
1596 es heute,
1597 dass Informationen und Nachrichten auf unterschiedlichste Weise aufbereitet und
1598 diskutiert
1599 werden können.

1600 Durch Propagandakampagnen wird die demokratische Meinungsbildung gefährdet.
1601 Wahlen sollen
1602 bewusst mit Mitteln der Desinformation beeinflusst werden. Wir treten dafür ein,
1603 dass
1604 Sanktionen gegen staatliche Propagandaplattformen, die gezielt Desinformationen
1605 verbreiten,
1606 etwa Russia Today, konsequent durchgesetzt werden. Wir wollen, dass regelmäßig
1607 und
1608 europaweit Lagebilder zu Desinformationen erstellt werden, um die Grundlage für
1609 eine
1610 effektive Bekämpfung zu schaffen.

1611 Hass, Hetze und Desinformation greifen gezielt die offene Debatte an diesen
1612 Orten an. Mit
1613 offenem Frauenhass wird versucht, Frauen aus dem digitalen Raum zu drängen.
1614 Algorithmen und
1615 Targeting dominanter Digitalplattformen tragen dazu einen wesentlichen Beitrag,
1616 indem sie
1617 Hassnachrichten und Desinformation verstärkt verbreiten. In der Folge ziehen
1618 sich von
1619 Hassrede betroffene Personen häufig zurück oder schränken ihre Meinungsäußerung
1620 ein – zum
1621 Schaden der demokratischen Debatte.

1622 Die algorithmische Verstärkung von Hass und Hetze nehmen wir ins Visier. Mit dem
1623 Digitale-
1624 Dienste-Gesetz und dem Digitale-Märkte-Gesetz haben wir in Europa die
1625 Grundsteine gelegt, um
1626 mit Nutzer*innen-Rechten, Transparenz und klaren Regeln Hassrede
1627 entgegenzutreten, ein
1628 demokratisches Internet zu schaffen und Wettbewerb wiederherzustellen. Diese
1629 Regeln gilt
1630 es, jetzt in Deutschland und Europa konsequent durchzusetzen und
1631 weiterzuentwickeln.

1632 Zivilgesellschaftliche Organisationen müssen von Hass und Hetze betroffene
1633 Personen
1634 einfacher bei der Wahrnehmung ihrer Rechte unterstützen können. Dafür wollen wir
1635 auch eine
1636 europaweite Opferberatung und niedrigschwellige Hilfsangebote etablieren. Die
1637 Einrichtung
1638 von Spezialdienststellen bei Polizei und Staatsanwaltschaften in den
1639 Mitgliedstaaten wollen

1640 wir unterstützen. Die konsequente Durchsetzung des Strafrechts kann auch durch
1641 die rechtlich
1642 gesicherte automatisierte Erkennung von strafrechtlich relevantem Material, zum
1643 Beispiel
1644 Hassposts, unterstützt werden, das anschließend von den Ermittlungsbehörden
1645 überprüft wird.
1646 Europol soll gegen europaweit agierende Netzwerke vorgehen, die gezielt Hass und
1647 Hetze im
1648 Netz verbreiten.

1649 Gleichzeitig können auch klassische Medien bei der Verbreitung von
1650 Desinformation eine
1651 wichtige Rolle spielen, wenn sie zum Beispiel Informationen ohne Überprüfung aus
1652 den
1653 sozialen Medien übernehmen oder gar selbst aktiv bei der Verbreitung von
1654 Falschinformationen
1655 mitwirken. Die Verbreitung von hochwertigen gefälschten Videos, sogenannten
1656 Deepfakes, oder
1657 durch KI manipulierten Bildern lässt Desinformationen noch glaubwürdiger
1658 erscheinen und ist
1659 für viele Menschen nur schwer erkennbar. Daher haben wir im Rahmen des KI-
1660 Gesetzes
1661 erfolgreich die adäquate Kennzeichnung der Deepfakes verankert. Ein wichtiger
1662 Baustein der
1663 Bekämpfung von Desinformationen in einer Demokratie liegt in der Stärkung der
1664 Informationskompetenz, damit Menschen besser Desinformationen erkennen können.

1665 Sogenannte Social Bots, die automatisch Inhalte in sozialen Medien verbreiten,
1666 sollen
1667 entsprechend gekennzeichnet und somit unterscheidbar von menschlichen
1668 Nutzer*innen werden.

1669 Europas IT schützen

1670 Wenn unsere digitale Infrastruktur eine immer wichtigere Rolle für unser
1671 Zusammenleben
1672 spielt, kommt ihrem Schutz eine große Bedeutung bei. Der beste Schutz vor
1673 Cybercrime aber
1674 liegt in der Prävention und in der Resilienz digitaler Systeme. Wir sorgen für
1675 eine
1676 konsequente Etablierung von hohen IT-Sicherheitsanforderungen in digitalen
1677 Produkten,
1678 Diensten und Prozessen. Wir setzen uns für eine zügige Umsetzung der
1679 aktualisierten EU-
1680 Richtlinie zur Cybersicherheit ein, um ein EU-weites Sicherheitsniveau zu
1681 etablieren. Wir
1682 wollen die europäische Kooperation im Bereich der Cyberabwehr deutlich stärken.
1683 Die Agentur
1684 der Europäischen Union für Cybersicherheit entwickeln wir hierfür weiter.

1685 Der Cyberraum wird zunehmend Schauplatz von Kriegen und Konflikten. Das sehen
1686 wir

1687 eindringlich in der Ukraine, wo die militärische Aggression Russlands von
1688 Cyberoperationen
1689 begleitet wird. Auch Cyberattacken etwa auf digitale Wahl- und
1690 Verwaltungssysteme sind eine
1691 Bedrohung für unsere Demokratie und Sicherheit. Wir setzen uns für einen norm-
1692 und
1693 regelbasierten Cyberraum ein, der von Diplomatie und internationaler
1694 Zusammenarbeit geprägt
1695 ist. Gleichzeitig geht Cybersicherheit mit digitaler Souveränität einher. Hier
1696 wollen wir
1697 Kompetenzen in der EU ausbauen.

1698 Wir wollen in Europa die rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen für
1699 sichere „Digitale
1700 Botschaften“ schaffen. Damit sollen staatliche und öffentlich relevante
1701 Datenbanken und
1702 technische Infrastrukturen in anderen europäischen Mitgliedstaaten gesichert
1703 vorgehalten
1704 werden können, um auch in Krisen- und Kriegssituationen die Arbeitsfähigkeit und
1705 den Zugang
1706 zu Daten, zum Beispiel von Parlamenten, der öffentlichen Verwaltung, der Justiz
1707 oder den
1708 Sozialversicherungen, zu ermöglichen.

1709 Das hohe Tempo der Digitalisierung und die Zunahme digitaler Dienstleistungen
1710 haben auch zu
1711 einer Verlagerung von Straftaten ins Netz geführt. Darauf muss die
1712 Strafverfolgung
1713 reagieren, besonders auf europäischer Ebene, denn Cybercrime kennt ebenso wie
1714 das Internet
1715 keine Grenzen. Dafür stärken wir die Rolle von Europol bei der Bekämpfung von
1716 Kriminalität
1717 im Netz. Auch die europaweite polizeiliche Zusammenarbeit zur Erkennung und
1718 Bekämpfung
1719 stärken wir. So gehen wir auch entschieden gegen die Verbreitung von
1720 sexualisierten
1721 Gewaltdarstellungen von Kindern und Jugendlichen im Netz vor. Wir wollen mit
1722 gezielten
1723 Kampagnen die Bürger*innen für Betrugsdelikte sensibilisieren, die im Internet
1724 begangen
1725 werden.